

Vernissage der Ausstellung „Afghanistan zwischen Hoffnung und Scheitern“

Volkshochschule Tübingen, Freitag 29.9.2023

Beitrag Andreas Linder, move on - menschen.rechte Tübingen e.V.

Wir bedanken uns, dass wir im Rahmen der Eröffnung dieser sehr interessanten Ausstellung über Afghanistan unseren Verein und unser Afghanistan-Hilfsprojekt „save our families“ vorstellen dürfen.

Doch zunächst möchte ich Danke sagen, dass diese interessante Ausstellung über Afghanistan in Tübingen gezeigt wird. Danke an alle, die das möglich gemacht haben. Ich hoffe, dass diese Ausstellung dazu beitragen wird, dass das Schicksal der Menschen in Afghanistan hierzulande nicht zu schnell in Vergessenheit gerät. Afghanistan ist zwar weit weg, aber der sogenannte Westen hat eine wesentliche Mitverantwortung dafür, was in diesem Land in den letzten 40, 50 Jahren geschehen ist. Wir freuen uns, dass Wolfgang Bauer heute hier ist und uns über seine langjährigen Erfahrungen über Afghanistan aus erster Hand berichtet hat.

Unser Verein move on macht vor allem Flüchtlingsarbeit. Wir unterstützen Geflüchtete im Asylverfahren und bei der Integration. Spätestens seit 2015 haben wir uns sehr intensiv auch um Geflüchtete aus Afghanistan gekümmert. Schon damals war dieses Land längst kaputt. Schon damals war dieses Land längst zwischen den Interessen der Großmächte zerrieben und wurde zum teuersten und längsten Krieg aller Zeiten. Schon damals stand dieses Land an erster Stelle im Global Terrorism Index, schon damals waren die humanitären Verhältnisse in diesem Land katastrophaler als in fast allen anderen Ländern dieser Welt. Schon damals waren bereits Millionen Menschen aus diesem Land geflohen, weil sie keine andere Wahl hatten, um dem Krieg, den Menschenrechtsverletzungen, der Gewalt und dem Hunger zu entkommen. Afghanistan war und ist das Fluchtland Nr. 1 dieser Welt.

Und was geschah in Deutschland? Die Asylanträge von sehr vielen afghanischen Geflüchteten, insbesondere von allein geflohenen Männern, wurden abgelehnt. Es wurde negiert, dass in Afghanistan ein Krieg herrscht. Es wurde negiert, dass die vor diesem Krieg Fliehenden richtige Fluchtgründe hätten, denn **wir** waren ja dort, um den Krieg zu beenden oder zumindest deutsche Interessen am Hindukusch zu verteidigen.

Wir sehen für unseren kleinen Verein einen kleinen Erfolg darin, dass wir dazu beigetragen haben, dass viele Geflüchtete aus Afghanistan dann doch noch über die Gerichte einen Schutzstatus erhalten haben und dass diese Menschen nicht wieder nach Afghanistan abgeschoben wurden, sondern sich hier in Deutschland eine Zukunft aufbauen können.

Über die Flüchtlingsarbeit standen wir bereits im Jahr 2021 mit ungefähr 200 afghanischen Geflüchteten, die hier in der Region leben, im ständigen Kontakt. Und so kam es, dass sich sehr viele dieser Menschen verzweifelt an uns gewandt haben, als sich die sogenannte Internationale Gemeinschaft im Jahr 2021 aus Afghanistan zurückgezogen hat und den Taliban das Land überlassen hat. Innerhalb von zwei Wochen haben wir im August 2021 für über 50 Familien, die mit Geflüchteten von hier aus der Region verwandt sind, Evakuierungsanträge gestellt. Bekanntlich wurden diese Evakuierungen schon am 27. August 2021 abrupt eingestellt und auch Deutschland erklärte sich für das, was es in Afghanistan hinterlassen hat, für nicht mehr zuständig. Wir waren damals sehr frustriert darüber, dass die allermeisten Anträge, die wir beim Auswärtigen Amt eingereicht hatten, überhaupt nicht beachtet und bearbeitet wurden. Nicht mal Ablehnungen wurden verschickt. Und natürlich waren vor allem die hier lebenden Geflüchteten verbittert und enttäuscht, dass sich Deutschland aus der Verantwortung stiehlt und ihre Verwandten jetzt in akuter Lebensgefahr sind. Wir waren sehr glücklich darüber, dass dann doch noch einer unserer Anträge angenommen wurde und die Familie einer Menschenrechtlerin aus Herat einreisen durfte. Die Hauptperson ist heute hier und sie hat uns leckere Bolani mitgebracht.

Seit dem Herbst 2021 unterstützen wir deswegen sehr viele verwandte Familien von hiesigen Geflüchteten, für die eine Evakuierung nicht möglich war, mit humanitärer Hilfe. Mit unserer Unterstützung konnten sich über 100 Familien mit dem Lebensnotwendigsten wie Essen, Kleidung, Wohnraum, Heizmaterial und so weiter versorgen. Seit Herbst 2021 haben wir für diese Zwecke Spendengelder in Höhe von insgesamt rund 60.000 Euro erhalten. Dafür danken wir hier an dieser Stelle allen Spender:innen nochmal sehr herzlich. Wir stellen leider fest, dass die Spendenbereitschaft inzwischen ganz gering geworden ist. In diesem Jahr mussten wir die Unterstützung für die Menschen in Afghanistan einstellen. Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs ist die Solidarität mit Afghanistan so gut wie nicht mehr existent, auch im schönen Tübingen.

Wie Sie wissen haben wir seit November 2021 eine neue Bundesregierung, die Ampelkoalition. Eines der ambitionierten Projekte dieser Regierung und speziell der neuen Außenministerin Baerbock war der Aktionsplan Afghanistan und als Teil dieses Plans die Einrichtung eines „Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan“. Dieses Bundesaufnahmeprogramm gibt es nach langem Vorlauf seit Oktober 2022. Kern des Programms ist, dass Deutschland bereit ist, bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2025 monatlich bis zu 1.000 Menschen aus Afghanistan aufzunehmen. Menschen, die in besonderer Weise aufgrund ihrer Tätigkeiten für Frauen- oder Menschenrechte in Gefahr sind und die einen Bezug zu Deutschland haben. Unser Verein gehört zu den über 70 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Anträge in diesem Programm einreichen können. Und genau das machen wir auch. In unserem Projekt "save our families" bearbeiten wir über 200 Anträge, viele davon für Frauen als Hauptantragstellerinnen.

Leider ist es so, dass aus den 1000 Menschen pro Monat bisher nichts geworden ist. Das Programm lief sehr schleppend an. Die Antragstellung ist sehr umfangreich und sehr bürokratisch. Und es gibt viele politischen Widerstände. So forderte die baden-württembergische Justizministerin Gentges bereits im Oktober 2022, das Programm einzustellen. Die gute Nachricht ist: In dieser Woche sind die ersten 15 Menschen, für die Anträge im BAP gestellt waren, in Deutschland aufgenommen worden. Doch bei der Koordinierungsstelle liegen über 40.000 Anträge. Wir Meldestellen fordern, dass dieses Programm jetzt endlich zügig angegangen wird und dass Frau Baerbock ihr Versprechen einhält. Und warum fordern wir das? Für viele Menschen, für die in diesem Programm Anträge gestellt wurden, geht es schlicht um Leben und Tod. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis viele dieser Menschen, die sich mutig für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben und mit dem Westen zusammengearbeitet haben, als Leiche irgendwo am Straßenrand liegen oder als Frau mit einem Taliban zwangsverheiratet und misshandelt werden. Für die Taliban gelten diese Menschen als Verräter und auch wenn sie vorgegeben haben, sich nicht rächen zu wollen, werden sie genau dies tun und haben es auch in vielen Fällen schon getan.

Die Meldestellen für das Aufnahmeprogramm werden finanziell leider von der Bundesregierung nicht unterstützt. Deswegen haben wir Zuschussanträge gestellt und wir haben inzwischen Fördergelder von der Deutschen Postcode Lotterie und dem Zweckerfüllungsfonds Flüchtlingshilfen der Diözese Rottenburg-Stuttgart erhalten. Dafür sind wir sehr dankbar. Das macht es möglich, dass wir für diese Arbeit unseren neuen Mitarbeiter Idrees Ahmadzai

zumindest auf einer Teilzeitstelle bezahlen können. Wir sind sehr glücklich über die Mitarbeit dieses jungen Mannes, der in Afghanistan bereits als Anwalt gearbeitet hat, aber das Land verlassen musste, weil sein Leben in Gefahr war.

Last but not least: Wir erleben derzeit wieder eine Diskussion über Flüchtlinge insgesamt, die man nur als traurig und frustrierend bezeichnen kann. Weil die Gesamtzahl der Flüchtlinge seit dem Ukraine-Krieg wieder stark angestiegen ist und weil die Regierenden es nicht schaffen, eine Verteilung von Geflüchteten in der EU hinzubekommen, sollen jetzt noch mehr menschenrechtliche Standards über Bord geworfen werden. Es sollen die Geflüchteten bekämpft werden durch weitere Abschottung der Außengrenzen, durch noch restriktivere Asylgesetze und mehr Abschiebungen. Über Fluchtursachen und wie diese stärker eingedämmt werden können, spricht niemand. Die CDU hat vor Kurzem einen 12-Punkte-Plan namens „Deutschlandpakt Migrationspolitik“ vorgelegt. Bereits der zweite Punkt dieses Katalogs ist die Forderung, dass die Bundesregierung alle freiwilligen Aufnahmeprogramme einstellen soll, auch das für Afghanistan. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dies nicht geschieht und sich die Ampel nicht auch noch an diesem Punkt über den Tisch ziehen lässt. Deutschland könnte sich als stolz zeigen, dass es bedrohten, verfolgten und entrechteten Menschen aus diesem Land Schutz gewährt. Bei den Aufnahmen aus Afghanistan handelt es sich um eine begrenzte Zahl von Menschen. Jede einzelne dieser Aufnahmen sehen wir als aktive Menschenrechtspolitik.

Wir hoffen und erwarten auch, dass diese Menschen im Falle einer erfolgten Aufnahme in Deutschland auch auf der kommunalen Ebene bei der Integration aktiv unterstützt werden – vor allem von denjenigen Kommunen, die sich zum „sicheren Hafen“ erklärt haben. Und Sie erinnern sich vielleicht: Auch Stadt und Landkreis Tübingen haben sich mal zum „sicheren Hafen“ erklärt.

Sie können unsere Arbeit unterstützen. Wir freuen uns über Spenden für unser Afghanistan-Hilfsprojekt. Die Kontonummer finden Sie auf unserem Flyer über unser Projekt save our families. Und Sie können uns auch persönlich mit Ihrem eigenen Engagement unterstützen: Für die Personen/Familien, für die Aufnahmeanträge gestellt werden, suchen wir Menschen, die die Anträge ideell unterstützen. Und sollten irgendwann Familien eine Aufnahme in Deutschland erhalten, suchen wir bereits jetzt ehrenamtliche Pat*innen, die bei der Wohnraumsuche und anderen Integrationsschritten aktiv werden möchten.